



Durchwahl: 0511 3030-2151
Mein Zeichen: II/73 - 0103 - 00/7
(Kurzbericht-21-Wo-Go)

29. Mai 2019

KURZBERICHT

über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 20. bis 24. Mai 2019

Montag, 20. Mai 2019

1 Ausschuss für Wissenschaft und Kultur (19. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Vielfalt des kulturellen Lebens in Niedersachsen fördern](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2899](#)

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur in Niedersachsen e. V.
- Arbeitsgemeinschaft der Landschaften und Landschaftsverbände in Niedersachsen
Landschaftsverband Stade
- akku - Arbeitskreis Niedersächsischer Kulturverbände
- Städtische Bühnen Osnabrück gGmbH
- LAG Rock in Niedersachsen e. V.
- Staatstheater Braunschweig

2. **Unterrichtung durch Frau Staatssekretärin Dr. Sabine Johannsen über eine Fortsetzung und Verstetigung des Hochschulpaktes**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Unterrichtung durch Frau Staatssekretärin Dr. Sabine Johannsen zum künftigen Forschungsmuseum Schöningen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. [Chancen der Künstlichen Intelligenz in Niedersachsen ausbauen, Anwendungen in den Zukunftsbranchen fördern](#)

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2582](#)

Der Ausschuss setzte diesen Punkt von der Tagesordnung ab und beschloss, die Beratung bei seiner nächsten Sitzung am 27. Mai fortzusetzen.

5. [Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge](#)

[Gesetzesentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3476](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und beschloss, dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen anstelle einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zur Verfügung zu stellen

6. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes](#)

[Gesetzesentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3762](#)

Der - federführende - Ausschuss begann mit der Beratung. Er beschloss, in einer zusätzlichen Sitzung am 24. Juni 2019 eine Anhörung zu dem Gesetzesentwurf durchzuführen, und verständigte sich auf den Kreis der Anzuhörenden.

2 Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

(38. Sitzung - Reise)

Beratungsthema:

Treffen mit Vertretern der Energiebranche in Georgsmarienhütte

Der Ausschuss führte auf der Grundlage von einleitenden Vorträgen mit Vertreterinnen und Vertretern der IHK Niedersachsen und verschiedener Unternehmen Gespräche insbesondere zu den Themenfeldern

- Sicherung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit energieintensiver Unternehmen,
- Beiträge energieintensiver Unternehmen zur Energieeinsparung,
- Zukunft der Energiewende in Niedersachsen u. a. mit Power-to-Gas-Technologien und
- energieregulatorisches Umfeld.

3 Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen - für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“

(14. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Anmerkungen der wissenschaftlichen Begleitung**

2. [Erörterung zu Abschnitt I des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351 - Ambulante medizinische Versorgung -](#)

Die Kommission setzte die Erörterung zu Abschnitt I des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351 - Ambulante medizinische Versorgung - fort und nahm die Stellungnahmen des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes sowie der in der Kommission vertretenen Mitglieder der Krankenkassen (AOK) und der Ärztekammer Niedersachsen entgegen.

3. Sitzungsplanung/Terminangelegenheiten

Die Kommission erörterte die Tagesordnung für ihre nächste Sitzung am 24. Juni 2019.

4. Verschiedenes

Dienstag, 21. Mai 2019

4 Unterausschuss „Häfen und Schifffahrt“ des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung (11. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Nordsee schützen: Frachtgut professionell sichern!](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2574](#)

Der Unterausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG Oldenburg
- VDR - Verband Deutscher Reeder Hamburg
- NABU Berlin
- ver.di Landesbezirk Niedersachsen–Bremen, Landesbüro Bremen

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den Abschlussbericht zur Havarie des Bulkcarriers MS Glory Amsterdam**

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. [Aufforderung zur Änderung der Anlaufbedingungsverordnung \(AnIBV\)](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/2766](#)

Der Unterausschuss setzte die Antragsberatung fort.

Anstatt, wie ursprünglich in der 9. Sitzung am 5. März 2019 verabredet, eine mündliche Unterrichtung durch das MW unter Hinzuziehung von Expertinnen oder Experten des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie oder des Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur entgegenzunehmen, verständigte sich der Unterausschuss darauf, dem Verfahrensvorschlag des Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur zu folgen und die Fraktionen zu bitten, ihm Fragen zum Antragsbegehren über die Landtagsverwaltung in schriftlicher Form zur schriftlichen Beantwortung zu übermitteln.

4. [Testfeld für die autonome Binnenschifffahrt in Niedersachsen jetzt einrichten, um die Zukunft der Binnenschifffahrt und der Binnenwasserstraßen in Niedersachsen aktiv zu gestalten!](#)
[Anträge der Fraktion der FDP - Drs. 18/3648](#)

Der Unterausschuss nahm die Antragsberatung auf. Er vereinbarte, sich durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand unterrichten zu lassen.

5. **Besprechung von Terminangelegenheiten**

Der Unterausschuss billigte den Programmwurf seiner Parlamentarischen Informationsreise zum Thema „Green Ports“ vom 26. bis 30. August 2019 nach Norwegen und Schweden.

Auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vereinbarte der Unterausschuss, eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum geplanten Linienverkehr Cuxhaven-Brunsbüttel der Elbeferry GmbH und zur Rolle des Landes Niedersachsen bei der Finanzierung des Projekts entgegenzunehmen.

Auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verständigte sich der Unterausschuss darauf, die in der 9. Sitzung am 5. März 2019 begonnene Unterrichtung durch die Landesregierung zur Insolvenz der Elsflether Werft AG und zu den damit verbundenen Auswirkungen auf Niedersachsen fortzusetzen.

5 **Petitionsausschuss**

(18. Sitzung)

Beratungsthema:

Eingabe 00615/89/18

Kristina Osmer, Hildesheim
betr. Erhalt des Römerlagers Wilkenburg

Der Ausschuss führte eine öffentliche Anhörung zu der Eingabe durch.

6 **Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe**

(5. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Gespräch mit dem Vorsitzenden des Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung e. V., Herrn Prof. Dr. Gerhard Wegner, sowie der stellvertretenden Vorsitzenden Frau Berbel Unruh und dem stellvertretenden Vorsitzenden Karsten Meyer**

Die anwesenden Vertreter des Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung e. V. informierten die Mitglieder der Kommission über ihre Arbeit und beantworteten Fragen aus den Reihen der Kommissionsmitglieder.

2. **Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT**

hier: Unterrichtungswunsch von Herrn Yalcinkaya vom 8. März 2019

- a) Unterrichtung durch die Landesregierung zu der Resolution des Niedersächsischen Integrationsrates „Wiedereinsetzung ausreichender Gelder für das Jahr 2020 zur Durchführung der ‚Landessprachkurse‘ für Menschen mit ungeklärtem Bleiberecht“
- b) Unterrichtung durch die Landesregierung zu der Resolution des Niedersächsischen Integrationsrates „Sofortige Rücknahme der Streichung der kostenlosen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für die Bewohnerinnen und Bewohner zwischen der Erstaufnahmeeinrichtung ‚Kloster Blankenburg‘ und der Stadt Oldenburg“

c) Positionspapier „Rechtsruck“

Die Kommission nahm die Unterrichtungen zu den Themen a) und b) entgegen, führte darüber eine Aussprache und fasste entsprechende Beschlüsse. TOP 2 c) wurde aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.

3. **Verschiedenes**

Der Vorsitzende der Kommission informierte die Kommissionsmitglieder über den aktuellen Sachstand hinsichtlich der bereits in der 3. und 4. Sitzung thematisierten Absage der Wohnungsgenossenschaft Hameln auf die Bewerbung einer Hamelner Sintiza um eine Wohnung.

Mittwoch, 22. Mai 2019

7 Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(31. - nicht öffentliche - Sitzung - Reise)

Beratungsthemen:

1. **Information über den Einsatz von Videokonferenztechnik während einer mündlichen Verhandlung gemäß § 128 a ZPO im Landgericht Hannover**

Der Ausschuss ließ sich von einer Richterin über die Möglichkeit unterrichten, im Wege der Bild- und Tonübertragung Gerichtsverhandlungen mit nicht im Gerichtsgebäude anwesenden Beteiligten durchzuführen.

2. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss besprach Terminangelegenheiten.

8 Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(55. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge](#)

[Gesetzesentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3476](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Er hörte die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens an und nahm die Stellungnahme des Landesrechnungshofs entgegen.

2. **Vorlagen**

Vorlage 119 (MF) - Ergebnis der Steuerschätzung vom 7. bis 9. Mai 2019

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

3. a) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung](#)
[Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/358](#)

- b) [Entwurf eines Gesetzes über die Schuldenbremse in Niedersachsen](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3258](#)
- c) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3447](#)

Der Ausschuss setzte die Mitberatung fort.

- 4. [Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge in den Jahren 2019 bis 2021 sowie zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung. Er nahm eine Einbringung durch das Finanzministerium entgegen und erörterte Verfahrensfragen. Er verständigte sich darauf, in seiner nächsten Sitzung am 29. Mai 2019 ein mündliche Anhörung durchzuführen, und legte den Kreis der Anzuhörenden fest.

- 5. [Erhalt seltener Nutzierrassen angemessen fördern!](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2583](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an, den Antrag mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE

- 6. a) [Steuerungeheuer bezwingen - Grundsteuer B abschaffen!](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3644](#)
- b) [Reform der Grundsteuer mit Öffnungsklausel für die Länder versehen!](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/3647](#)

Der Ausschuss setzte diesen Punkt aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab.

7. Vorlagen

Vorlage 121 (MF) - Haushaltsplan 2019; Einzelplan 20 - Hochbauten, Kapitel 2011, TGr. 69, Baumaßnahmen der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK)

Der Ausschuss stimmte der Vorlage einvernehmlich zu.

9 Petitionsausschuss

(19. - nicht öffentliche und teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

1. Eingaben

Der Ausschuss behandelte 27 Eingaben in **nicht öffentlicher Sitzung**.

Weiterhin behandelte der Ausschuss eine Eingabe in **vertraulicher Sitzung**.

2. **Beratung über das Verfahren zur Behandlung von Nachträgen zu abgeschlossenen Eingaben**

hier: Eingabe 02466/11/17

Der Ausschuss beriet über das Verfahren zur Behandlung von Nachträgen zu abgeschlossenen Eingaben. In den Fällen, in denen nach Auffassung eines Berichterstatters oder des Ausschussvorsitzenden aus dem Nachtrag eine weitere Behandlung der Eingabe im Petitionsausschuss angebracht erscheint, wird der Ausschuss darüber befinden, ob eine erneute Beratung erforderlich ist.

Hinsichtlich der Eingabe 02466/11/17 beschloss der Ausschuss - gegen die Stimme des Vertreters der Grünen -, von einer erneuten Beratung abzusehen und dem Petenten mit dem vorgeschlagenen Schreiben zu antworten.

3. **Verschiedenes**

Der Ausschuss besprach Verfahrens- und Terminfragen im Zusammenhang mit den vorgesehenen Anhörungen für die vorliegenden Öffentlichen Petitionen.

10 **Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**

(22. - teilweise öffentliche und teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2018 durch Herrn Innenminister Pistorius und Herrn Verfassungsschutzpräsident Witthaut**

Teils **in öffentlicher Sitzung**, teils **in vertraulicher Sitzung** stellten der Minister und der Verfassungsschutzpräsident den Verfassungsschutzbericht vor und beantworteten Fragen aus dem Ausschuss.

2. **Bericht des Ausschusses an den Landtag gemäß**

a) **§ 40 Abs. 1 NVerfSchG**

b) **§ 40 Abs. 2 NVerfSchG**

c) **§ 2 Abs. 2 Satz 2 Nds. AG G 10**

In **nicht öffentlicher Sitzung** verabschiedete der Ausschuss einstimmig die drei Berichte mit den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Änderungen.

3. **Beabsichtigter Erlass einer Dienstvorschrift; hier: Unterrichtung gemäß § 36 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 NVerfSchG**

In **nicht öffentlicher Sitzung** nahm der Ausschuss die Unterrichtung entgegen. Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Ministerium für Inneres und Sport, die Dienstvorschrift mit einer in der Sitzung besprochenen Änderung zu erlassen.

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 Abs. 1 NVerfSchG**

In **vertraulicher Sitzung** nahm der Ausschuss die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Donnerstag, 23. Mai 2019

11 Ausschuss für Inneres und Sport (51. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/154](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
- NBgS - Niedersächsisches Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge
- NBgS e. V. - Niedersächsisches Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge e. V.

2. [Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3621](#)

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfs und besprach Verfahrensfragen. Er beschloss, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen und die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände sowie den Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure dazu einzuladen. Die Fraktionen wurden gebeten, sofern sie weitere Vorschläge für den Kreis der Anzuhörenden hätten, diese bis zu der für den 6. Juni 2019 geplanten Sitzung mitzuteilen. Der Ausschuss nahm in Aussicht, den Kreis der Anzuhörenden in nämlicher Sitzung festzulegen.

3. [Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Vertrags über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern - Vertrag zur Ausführung von Artikel 91 c GG](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3622](#)

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfs und besprach Verfahrensfragen. Er beschloss, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände, den Deutschen Gewerkschaftsbund - Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt - sowie den Niedersächsischen Beamtenbund und Tarifunion um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten. Er nahm in Aussicht, die Beratung in der für den 6. Juni 2019 geplanten Sitzung abzuschließen, um eine Verabschiedung des Gesetzentwurfs im Juni-Plenum zu ermöglichen.

4. **Vorlage der Landesrahmenkonzeption zur Bekämpfung krimineller Clanstrukturen in Niedersachsen durch das Nds. Ministerium für Inneres und Sport**

Der Ausschuss erklärte die mit Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 2. Mai 2019 vorgelegte und von der Landesregierung als vertraulich gekennzeichnete Unterlage gemäß § 95 a GO Niedersächsischer Landtag einstimmig für vertraulich.

5. **Antrag auf ergänzende Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Absatz 2 NV zu Vorgängen im Nds. Ministerium für Inneres und Sport betreffend die sogenannte „Rathaus-Affäre“**

Der Ausschuss schloss sich dem Aktenvorlagebegehren der Fraktion der FDP einmütig an.

12 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

(43. - teilweise nicht öffentliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. a) **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand der Aufklärung der Fälle des Kindesmissbrauchs in Lügde**
- b) [Lügde darf sich nicht wiederholen - Kinderschutzkommission einrichten](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3643](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch die Landesregierung zu a) entgegen und führte darüber - zum Teil in nicht öffentlicher Sitzung - eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, die Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen auch unter Beteiligung des Innenministeriums und des Justizministeriums fortzusetzen.

Zu dem Antrag zu b) kam der Ausschuss überein, am 29. August 2019 eine ganztägige mündliche Anhörung durchzuführen und bis zum Juni-Plenarsitzungsabschnitt den Kreis der Anzuhörenden interfraktionell festzulegen.

2. [Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3742](#)

hier: Vorstellung des Gesetzentwurfes, Verfahrensfragen, Vorbereitung einer Anhörung

Der Ausschuss nahm die Vorstellung des Gesetzentwurfs entgegen und führte darüber eine Aussprache. Der Ausschuss kam überein, in der Sitzung am 13. Juni 2019 eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

3. [Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3476](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung des Gesetzentwurfs durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen - bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion - nahm der Ausschuss den Gesetzentwurf zustimmend zur Kenntnis. Als Stellungnahme soll dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen ein Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zugeleitet werden.

4. [Die Hälfte der Macht den Frauen! - Enquete-Kommission für ein niedersächsisches Parité-Gesetz](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3244](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung des Antrags durch und kam überein, dem federführenden Ältestenrat als Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.

5. **Vom EichenprozeSSIONSSpinner Betroffene finanziell unterstützen - Versprechungen einhalten**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3225

Der Ausschuss führte die Mitberatung des Antrags durch.

Er brachte zum Ausdruck, dass er die Zielrichtung des Antrags, den Befall mit EichenprozeSSIONSSpinnern sowie die damit verbundenen gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu vermeiden, unterstütze, und kam überein, dem federführenden Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz als Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.

6. a) **Den drohenden Notstand in der ambulanten Pflege verhindern - aufsichtsrechtliche Möglichkeiten nutzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/3649

b) **Ambulante Pflege sichern - Tarifvertrag Soziales zügig realisieren**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3663

Der Ausschuss bat die Landesregierung für eine der nächsten Sitzungen um eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand und nahm in Aussicht, eine mündliche Anhörung zu den Anträgen durchzuführen.

7. **Rechte der Beschäftigten schützen: Begrenzung auf vier verkaufsoffene Sonntage - ohne Ausnahme!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3661

Der Ausschuss stellte die Beratung des Antrags im Hinblick auf weitere interne Beratungen der Fraktion der Grünen zu dem Antrag zurück.

8. **Menschenwürde bewahren - Frauen vor Gefahren in sogenannten Lovemobilen schützen**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3264

Der Ausschuss stellte die abschließende Beratung des Antrags zurück, um zunächst das Ergebnis der von der Landesregierung eingesetzten Arbeitsgruppe abzuwarten.

9. **Informationsreise des Ausschusses vom 27. Mai bis 1. Juni 2019 nach Island und Estland**

Der Ausschuss besprach das Programm für die Informationsreise nach Island und Estland.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

10. **Eingaben**

Der Ausschuss behandelte eine Eingabe. Er kam überein, dem federführenden Petitionsausschuss das Votum vorzuschlagen, die Einsenderin der Eingabe über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten und darüber hinaus die Eingabe der Landesregierung als Material zu überweisen, und dem Petitionsausschuss als Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.

13 Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung
(26. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. Unterrichtung durch die Landesregierung über die Auswirkungen der Verlängerung der britischen EU-Mitgliedschaft bis zum Brexit

- auf britische Studierende in Niedersachsen und niedersächsische Studierende im UK und
- auf britische Arbeitnehmerinnen und -nehmer in Niedersachsen und niedersächsische Arbeitnehmerinnen und -nehmer im UK

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung um die Übermittlung ergänzender Daten zur Entwicklung der Zahl der Studierenden beider Seiten in den zurückliegenden Jahren, die Erasmus+ nutzten.

**2. [Niedersachsen und Europa zusammen denken - für eine Politik mit europäischem Weitblick!](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3645](#)**

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf und bat die Landesregierung um eine mündliche - und nach Möglichkeit vorab schriftliche - Unterrichtung zu dem Thema. Die Unterrichtung wurde für die Sitzung am 22. August 2019 vorgesehen.

**3. [Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3651](#)**

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf. Er bat die Landesregierung, ihn zu dem Antrag zu unterrichten. Ein Antrag der Fraktion der Grünen, zu dem Antrag eine Anhörung durchzuführen bzw. schriftliche Stellungnahmen einzuholen, wurde gegen die Stimme jener Fraktion abgelehnt. Die Unterrichtung wurde für die Sitzung am 6. Juni 2019 vorgesehen.

**4. [Verantwortlichkeiten für Minderheiten innerhalb der EU-Kommission verbindlich regeln](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3669](#)**

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf. Er bat die Landesregierung, ihn zu dem Antrag zu unterrichten. Die Unterrichtung wurde für die Sitzung am 6. Juni 2019 vorgesehen.

5. Information durch die niedersächsischen Delegierten im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas des Europarats (KGRE). Frau Abg. Dr. Liebetruh als stellvertretendes Mitglied der Regionalkammer und Herrn Abg. Lammerskitten als Mitglied der Kommunalkammer, über dessen jüngste Sitzung im April 2019

Der Ausschuss nahm die Information entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. EU-Angelegenheiten

Zu diesem Punkt der Tagesordnung ergaben sich keine Unterrichtungswünsche.

7. Terminangelegenheiten

Der Ausschuss ließ sich über den Stand der Vorbereitung der parlamentarischen Informationsreise auf die Britischen Inseln informieren und besprach weitere Terminangelegenheiten.

Freitag, 24. Mai 2019

14 Kultusausschuss

(26. Sitzung)

Außerhalb der Tagesordnung:

Der Ausschuss nahm in Aussicht, die vorgesehene Unterrichtung zum aktuellen Sachstand bezüglich des Antrags der Fraktion der Grünen in Drucksache 18/3247 in der Sitzung am 27. September 2019 entgegenzunehmen.

Beratungsthemen:

1. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur dreimonatigen Nicht-Beschulung eines 16-jährigen Mädchens in Hannover**

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen.

2. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Mathe-Abitur 2019**

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine mündliche - und nach Möglichkeit vorab schriftliche - Unterrichtung zu dem Thema. Die Unterrichtung wurde für die Sitzung am 7. Juni 2019 vorgesehen.

3. a) [Bildung in der digitalisierten Welt](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2898](#)
- b) [Technik alleine macht nicht glücklich - Schulen nicht alleine lassen: Schaffung einer umfangreichen, pädagogisch fundierten Digitalisierungsstrategie an Schule](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3367](#)
- c) [Chancen des „DigitalPakt Bildung“ und des Grundgesetzes für die Bildung nutzen](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/3425](#)

Der - federführende - Ausschuss führte zu den Anträgen eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- Landeselternrat Niedersachsen
- Schulleitungsverband Niedersachsen (SLVN)
- Dr. Sarah Henkelmann
- Prof. Dr. Felicitas Macgilchrist
- Cornelsen Verlag GmbH
- Dr. Nils Weichert
- Die Deutsche Schulakademie gGmbH
- Prof. Dr. Christoph Möller
- Prof. Dr. Martin Korte

4. [Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge](#)

[Gesetzesentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3476](#)

Diesen Punkt setzte der - mitberatende - Ausschuss aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab. Als neuen Termin für die Beratung nahm er die Sitzung am 7. Juni 2019 in Aussicht.

5. [Mobbing an Schulen bekämpfen - Anregungen zu gesamtgesellschaftlichem Handeln](#)

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1522](#)

Der - federführende - Ausschuss besprach Verfahrensfragen.

15 Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

(34. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung zu dem Thema „Wiederkehrende Störungen am Hauptbahnhof Hannover - unzumutbare Einschränkungen für Passagiere“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch die Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn für Niedersachsen und Bremen, Frau Herbolt, und den Leiter Produktion Regionalbereich Nord, Herrn Matschke, entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema „Geplante Transitregelungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen im Zusammenhang mit dem Reformationstag in Niedersachsen und dem Feiertag Allerheiligen in Nordrhein-Westfalen und den sich daraus ergebenden möglichen Ausnahmeregelungen zum Feiertagsfahrverbot für Lkw“**

Der Ausschuss beschloss, die Unterrichtung entgegenzunehmen.

3. [Digitales Bauen in Niedersachsen voranbringen - Potenziale des Building Information Modelings \(BIM\) nutzbar machen](#)

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3260](#)

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- *Institut für Baumanagement und Digitales Bauen (ICoM) der Leibniz Universität Hannover*
- *Ingenieurkammer Niedersachsen*
- *Architektenkammer Niedersachsen*
- *planungs-ring.de GmbH Wolfsburg*
- *Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen*
- *Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen*

Im Auftrage

Kleinwächter